

**Kleine Anfrage mit Antwort****Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann und Ursula Weisser-Roelle (LINKE), eingegangen am 27.10.2011

**Neonazitreffen am 20. August 2011 im Vereinsheim des Kleingärtnervereins Lange Hecke e. V. in Braunschweig**

In Braunschweig fand am 20. August 2011 im Vereinsheim des Kleingärtnervereins Lange Hecke e. V. erneut eine von Neonazis durchgeführte „Zeitzeugen- und Musikveranstaltung“ statt, an welcher nach Angaben der Veranstalter rund 100 Personen teilnahmen. Als Referent war das ehemalige Mitglied der „12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend“ Hans Marggraf geladen. Zudem soll ein szenebekannter Liedermacher aufgetreten sein. Immer wieder führen Mitglieder der Neonaziszene, meist von der Öffentlichkeit unbemerkt, Veranstaltungen und Konzerte in Vereinsheimen und Clubräumen durch. Auch die Vermieter und Anbieter der Räumlichkeiten erfahren häufig erst im Nachhinein vom Charakter der durchgeführten Veranstaltungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Waren Polizei, Staatsschutz und/oder Verfassungsschutz über die Treffen informiert und haben diese beobachtet? Wenn ja, wurde der Kleingartenverein von den Behörden darüber informiert/gewarnt?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über 2010 durchgeführte Treffen, Veranstaltungen und Nutzung von Vereinsheimen und Clubräumen durch Neonazis und NPD in Niedersachsen (bitte nach Veranstalter, Datum, Ort und Thema aufführen)?
3. Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um Vermieter und Anbieter von Räumlichkeiten frühzeitig darüber in Kenntnis zu setzen, wenn Neonazis und NPD versuchen, Räumlichkeiten für Veranstaltungen anzumieten?

(An die Staatskanzlei übersandt am 02.11.2011 - II/72 - 1149)

**Antwort der Landesregierung**

Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
- P 23.22-01425/2 -

Hannover, den 17.01.2012

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden nutzen konsequent die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, um gegen Veranstaltungen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund in Niedersachsen vorzugehen. Diese Veranstaltungen wurden häufig konspirativ und bei der Anmietung von geeigneten Räumlichkeiten unter Angabe eines falschen Hintergrundes geplant und durchgeführt. In vielen Fällen werden mehrere Objekte angemietet, sodass bei Bedarf ein anderer Veranstaltungsort zur Verfügung steht.

Bei Hinweisen auf diese Veranstaltungen ergreift die Polizei alle möglichen Maßnahmen zur Verhinderung. Dabei ist das enge Zusammenwirken der niedersächsischen Polizei mit den Kommunen und privaten Betreibern von Veranstaltungsräumlichkeiten notwendig, um insbesondere Vermieter

schnellstmöglich über die Veranstaltung aufzuklären und über einen eventuell vorhandenen rechts-extremistischen Hintergrund zu informieren.

Die Polizei führt mit potenziellen Vermietern von Veranstaltungsräumlichkeiten zielgerichtete Informationsmaßnahmen durch. So wurde in Braunschweig z. B. ein Informationsblatt an infrage kommende Vermieter verteilt, in denen Verdachtsmomente und Handlungsempfehlungen für bevorstehende rechtsextremistische Veranstaltungen aufgezeigt werden.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet im Rahmen der ihm nach dem Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG) zugewiesenen Aufgaben Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Eingriffsschwelle für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist gesetzlich klar festgelegt und damit verbindlich für deren Arbeit. Dasselbe gilt für die Übermittlung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde nach § 17 NVerfSchG. Diese Vorschrift enthält insbesondere keine Ermächtigung für den Verfassungsschutz, im Vorfeld von Veranstaltungen aufklärend an die Anbieter von Räumlichkeiten heranzutreten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage u. a. auf Grundlage der Berichterstattung der Polizeidirektion Braunschweig namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Wie in den Vorbemerkungen ausgeführt, wurden in der Region Braunschweig flächendeckende Informations- und Aufklärungsmaßnahmen durch die Polizei im Hinblick auf Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund durchgeführt. Die Pächterin der in Rede stehenden Räumlichkeit hat vor ca. drei Jahren vom Polizeilichen Staatsschutz der Polizeiinspektion Braunschweig ebenfalls ein Informationsblatt für Vermieter von Veranstaltungsräumen erhalten. Wie der niedersächsischen Polizei erst im Nachhinein bekannt wurde, erfolgte die Anmietung unter dem Vorwand einer Geburtstagsfeier, der Schlüssel wurde durch einen namentlich nicht bekannten jüngeren Mann in Begleitung eines Kleinkindes abgeholt. Die Bewirtung wurde vom Veranstalter selbst übernommen, sodass keine Mitarbeiter der Vermieterin während der Veranstaltung anwesend waren.

Die Vortragsveranstaltung am 20.08.2011 in Braunschweig wurde von der neonazistischen Kameradschaft „Burschenschaft Thormania“ konspirativ vorbereitet und durchgeführt.

Der Verfassungsschutz kann Erkenntnisse über derartige Aktivitäten im Vorfeld nur durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gewinnen. Dabei müssen die Voraussetzungen nach den §§ 6 ff. NVerfSchG vorliegen und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach § 6 Abs. 4 NVerfSchG gewahrt sein.

Weitergehende Informationen unterliegen der Geheimhaltung.

Zu 2:

Die nachfolgenden Veranstaltungen im Sinne der Fragestellung wurden durch das Landeskriminalamt Niedersachsen unter Beteiligung der Polizeidirektionen erhoben:

Veranstaltungsdatum, Veranstaltungsort	Veranstalter	Thema/Inhalte der VA
23.01.2010, Nordhorn	Bands: Strafmass, Endless Pride, Extressiv, Weisse Wölfe, Bloodline	Konzert
30.01.2010, Ehrenburg	JN	Gründungsversammlung JN-Stützpunkt OS
06.02.2010, Neuenkirchen	NPD	Schulung
13.03.2010, Neuenkirchen	NPD	Schulung
09.05.2010, Wilhelmshaven	NPD	Landesparteitag
22.05.2010, Heiligenrode	Bands: Endstufe, Alte Schule	Konzert
13.06.2010, Hohenhameln-Harber	„Bürgerinitiative für Zivilcourage“ (BfZ) Hildesheim	Schulung
19.06.2010, Eschede	Kameradschaft 73 Celle	Sommersonnenwendfeier
26.06.2010, Neukamperfehn	NPD	Grillfest

Veranstaltungsdatum, Veranstaltungsort	Veranstalter	Thema/Inhalte der VA
21.08.2010, Eschede	Bands: Alte Schule, Strongside, 12 Golden Years, Oidoxie, Sturmwehr, Sturmtrupp, End- less Pride	Konzert
28.08.2010, Uplengen	NPD	Mitgliederversammlung
04.09.2010, Einbeck	Liedermacher	Liederabend
10.09.2010, Buxtehude	NPD	Mitgliederversammlung
11.09.2010, Oldenburg	Band: Endstufe	Konzert
25.09.2010, Eschede	NPD Niedersachsen, Düütsche Deerns	Erntefest
25.09.2010, Blender	Band: Kategorie C - Hungrige Wölfe	Konzert
09.10.2010, Westerhausen	NPD	Schulungsveranstaltung
06.11.2010 Maasen	JN	Mitgliederversammlung
14.11.2010 Hohenhameln-Harber	BfZ Hildesheim	Schulung
20.11.2010, Einbeck	unbekannt	Liederabend
18.12.2010, Leese	Bands: Hetzjagd, Morgenrot, Aryan Hope	Konzert
25.12.2010, Peine-Landkreis	Bands: Kategorie C (Hungrige Wölfe), V-Punk	Konzert

Der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde liegen keine Erkenntnisse über konspirativ durchgeführte Veranstaltungen der NPD im Jahr 2010 in Vereinsheimen oder Clubräumen vor.

Zu 3:

Die niedersächsische Polizei wendet die Leitlinien der Rahmenkonzeption zur Intensivierung der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und sonstiger Politisch motivierter Kriminalität konsequent an. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird hierbei auf die möglichst frühzeitige und nachhaltige Verhinderung polizeilich relevanter rechtsextremistischer Veranstaltungen unter Ausschöpfung aller rechtlichen und taktischen Möglichkeiten wie auch der verdeckten Informationsbeschaffung gelegt.

Hierzu gehört auch die regelmäßige Aufklärung und Sensibilisierung der Betreiber von Gaststätten und sonstigen Veranstaltungsräumlichkeiten.

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages klärt die Niedersächsische Extremismus-Informations-Stelle (NEIS) im Niedersächsischen Verfassungsschutz seit Jahren die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf. Die einzelnen Maßnahmen sind eingebettet in ein umfassendes Gesamtkonzept, das die Maßnahmen aufeinander abstimmt und mit den vielfältigen in Niedersachsen im Bereich der Prävention tätigen Institutionen vernetzt.

Im Rahmen von NEIS ist auch der Beauftragte für den Bereich der Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund tätig. Um rechtsextremistischen Immobiliengeschäften effektiv begegnen zu können, hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport bereits im Jahr 2004 diese Stelle eingerichtet.

Durch Unterstützung des Beauftragten konnten in den letzten Jahren mehrere Erwerbe bzw. Nutzungen von Immobilien durch Rechtsextremisten verhindert werden.

Neben überaus öffentlichkeitswirksamen Immobiliengeschäften, wie dem Landhaus Gerhus in Faßberg und dem Heisenhof in Dörverden, war der Beauftragte in vielen weiteren Fällen erfolgreich tätig. Dabei handelte es sich teilweise auch um die Aufdeckung von sogenannten Scheingeschäften, bei denen es Rechtsextremisten darum ging, publizistisch auf sich aufmerksam zu machen und finanziell - durch Provisionszahlungen - an einem Verkauf zu überhöhtem Preis an die Gemeinde oder an Dritte zu partizipieren.

Über die Beratung und Koordinierung im konkreten Einzelfall hinaus steht der Beauftragte den Kommunen, aber auch Bildungseinrichtungen und Vereinen, bei grundsätzlichen Fragestellungen zu Immobiliengeschäften mit rechtsextremistischem Hintergrund zur Verfügung.

Uwe Schünemann